



Zehnte Europäische Regionaltagung

Istanbul, Türkei, 2.-5. Oktober 2017

ERM.10/D.10

Die Initiative von Istanbul für das Hundertjährige Jubiläum: Zukunft für menschenwürdige Arbeit für eine starke und verantwortungsvolle Sozialpartnerschaft in Europa und Zentralasien

Der Kontext

Die Erklärung von Oslo von 2013 rief zu positiven Wegen zur Überwindung der negativen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Krise und zur Wiederherstellung des Vertrauens in Arbeitsplätze und Wachstum auf. Die Förderung einer starken und verantwortungsvollen Sozialpartnerschaft, um auf allen Ebenen über einen sozialen Dialog zu verfügen, war ein entscheidendes Element der Erklärung.

Seitdem hat sich die Lage angesichts ermutigender Zeichen der Erholung gewandelt. Es gibt aber eine Reihe von bestehenden und neuen Herausforderungen, darunter mangelnde Achtung der sozialen Rechte in bestimmten Ländern, die angegangen werden müssen. Dynamische Prozesse, die von raschen technologischen Fortschritten getrieben werden, auch durch die digitale Wirtschaft, wirken sich auf die Organisation der Arbeit aus. Globalisierung, demografische Trends, große Flüchtlings- und Migrantenströme sowie ökologische Herausforderungen wirken sich ebenfalls prägend auf die Zukunft unserer Arbeit aus.

Arbeit nimmt nach wie vor einen zentralen Platz im Leben der Menschen ein. Wir sollten die Menschen schützen, indem wir ihnen den Übergang in eine neue Beschäftigung erleichtern, falls erforderlich, und gleichzeitig menschenwürdige Arbeit gewährleisten.

Ein starkes, nachhaltiges Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze für alle sind für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung, was in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zum Ausdruck kommt, die einen globalen Rahmen für das Erreichen aller ihrer 17 Ziele bietet. Die Verwirklichung der universellen Ratifizierung aller acht grundlegenden Übereinkommen der IAO in der Region ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zum Erreichen dieser Ziele, die in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Knapp zwei Jahre vor dem Hundertjährigen Jubiläum der IAO erörterte die Zehnte Europäische Regionaltagung unter dem Thema der Zukunft der Arbeit menschenwürdige Arbeit für alle, Arbeit und Gesellschaft, die Steuerung der Arbeit, die Förderung und Umsetzung der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sowie einen fairen und effektiven Zugang zu den Arbeitsmärkten für Migranten und Flüchtlinge.

Die IAO ist die einzige internationale Organisation mit der einzigartigen dreigliedrigen Struktur, und wir können nicht ordnungsgemäß funktionieren, wenn eine erhebliche Anzahl von dreigliedrigen Delegationen unvollständig ist. Die außergewöhnliche Situation der

Zehnten Europäischen Regionaltagung sollte keinen Präzedenzfall schaffen, um Konsequenzen für die Fähigkeit zu vermeiden, ein ausgewogenes, allseits nutzbringendes Ergebnis zu erzielen.

Politische Erwartungen

Gemäß der Erklärung von Philadelphia ist Arbeit keine Ware, und die Mitglieder sind verpflichtet, die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu achten, zu fördern und zu verwirklichen. Ihre Umsetzung in Gesetzgebung und Praxis sowie das Aufsichtssystem der IAO sind diesbezüglich unerlässlich.

Die 10. Europäische Regionaltagung stellt erneut fest, dass es erforderlich ist, „eine starke und verantwortungsvolle Sozialpartnerschaft zu fördern, um auf allen Ebenen über einen sozialen Dialog zu verfügen, der auf der Grundlage einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik zu einer gerechten Verteilung, zum sozialen Fortschritt und zur Stabilität beiträgt“.

Die Triebkräfte des Wandels, die sich auf die Zukunft der Arbeit auswirken, insbesondere die technologischen Entwicklungen, bieten eine Vielfalt von Chancen, stellen aber auch erhebliche Herausforderungen dar.

Umfassende Politikrahmen, um die Vorteile im Zusammenhang mit der Zukunft der Arbeit zu nutzen und die damit verbundenen Risiken auf ein Mindestmaß zu beschränken, sollten Folgendes umfassen:

- solide makroökonomische, fiskalische und sektorale Politiken für inklusives Wachstum und Beschäftigung;
- Politiken zur Förderung eines günstigen Umfelds für Unternehmensgründungen, nachhaltige Unternehmen und innovative Betriebe;
- Politiken für Bildung, Qualifikationsentwicklung und lebenslanges Lernen;
- Arbeitsmarkt-, Lohn- und Sozialschutzpolitiken zur Förderung menschenwürdiger Arbeit und zur Sicherstellung des Schutzes der Arbeitnehmerrechte;
- Politiken für einen fairen Übergang zu neuen Formen der Produktion und des Arbeitsverhältnisses, Digitalisierung und Automatisierung;
- Politiken zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung;
- nachhaltige Politiken für eine verstärkte Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen, Jugendlichen und benachteiligten Gruppen;
- Politiken zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Flüchtlingen;
- Politiken zur Stärkung der Vereinigungsfreiheit, der Kollektivverhandlungen, der Nichtdiskriminierung und der effektiven Beseitigung von Kinder- und Zwangsarbeit;
- Politiken zur Modernisierung der Arbeitsmärkte mit effizienteren Vorschriften;
- Politiken zur Erleichterung des Übergangs zur Formalität;

-
- Politiken zur Verbesserung der Betreuungswirtschaft und der grünen Wirtschaft;
 - Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitsverwaltungs- und Durchsetzungssysteme, u.a. durch die Arbeitsaufsicht, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, einschließlich des Arbeitsschutzes.

Alle diese Politiken müssen auf einem robusten Sozialdialog beruhen.

Reformen sind vonnöten, um sicherzustellen, dass die Länder der Region die Erholung in starkes, nachhaltiges und inklusives Wachstum und Beschäftigung, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und Rechte bei der Arbeit umsetzen.

Aktionsmittel der IAO

Im Einklang mit der Erklärung über soziale Gerechtigkeit von 2008 sollte das Amt seine Mitgliedsgruppen unterstützen, indem es ausreichende und ausgewogene Informationen und Forschungen zur Verfügung stellt und die Gestaltung von innovativen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterstützt.

Um die Chancen im Zusammenhang mit der Zukunft der Arbeit zu nutzen und die damit verbundenen Herausforderungen anzugehen, sollte das Amt:

- aktuelle Informationen vorlegen, rigorose Daten erheben und Untersuchungen durchführen über:
 - Arbeitsmarkttrends, einschließlich Daten und Schätzungen zum Beschäftigungswachstum und zu Trends bei den Beschäftigungsformen;
 - Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen für die Zukunft und die Einbindung der Sozialpartner in Bildungs- und Ausbildungsprogramme, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden;
 - derzeitige und künftige Trends bei den Arbeitsbedingungen, einschließlich der Arbeitszeit;
- Fragen und Mechanismen evaluieren, darunter u.a. Arbeitsformen, lebenslanges Lernen und Sozialschutzsysteme, mit deren Hilfe Unternehmen und Arbeitnehmer ihre Fähigkeit verbessern können, sich an die Veränderungen der Arbeitswelt anzupassen;
- die Umsetzung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und einen robusten sozialen Dialog im Kontext der Veränderungen der Arbeitswelt fördern;
- Kapazitätsaufbau unterstützen, um starke, repräsentative und unabhängige Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu fördern;
- die Tätigkeiten ausweiten, um Mitgliedstaaten bei der Entwicklung von Politiken zu helfen, die Missverhältnisse bei Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage angehen, falls erforderlich;
- bei der Förderung eines günstigen Umfelds für nachhaltige Unternehmen behilflich sein;

-
- die Mitgliedsgruppen der IAO auf Wunsch bei der Entwicklung von konkreten Programmen und Aktionsplänen unterstützen, die auf den Ergebnissen der Initiative zur Zukunft der Arbeit beruhen;
 - weiterhin die Mitgliedsgruppen unterstützen, um die Aufsicht, Umsetzung, Wirksamkeit, Transparenz, dreigliedrige Steuerung und Eigenverantwortung der IAO-Normen durch die Jubiläums-Normeninitiative zu verbessern;
 - weiterhin systematisch die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in die Planung der Tätigkeiten, Programme und Projekte der IAO einbinden, um so für Transparenz, dreigliedrige Steuerung und Eigenverantwortung in Bezug auf die erzielten Ergebnisse zu sorgen;
 - die Mitgliedsgruppen auf Wunsch bei der Umsetzung der internationalen Arbeitsnormen und der Stärkung der Arbeitsverwaltungs- und Aufsichtssysteme unterstützen;
 - die Umsetzung der überarbeiteten Dreigliedrigen Grundsatzserklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik fördern;
 - Synergien und Politikkohärenz innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und mit anderen internationalen Organisationen fördern, insbesondere dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, regionalen Organisationen, Institutionen und Foren, der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion, dem Europarat und mit der G20 in Bezug auf wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Rechte bei der Arbeit und um zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung beizutragen.